Zeitschrift: Rote Revue - Profil : Monatszeitschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 66 (1987)
Heft: 7-8

Artikel: Für eine neue Arbeitsgruppe
Autor: Iselin, Alfred
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-340501

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 07.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Zur Frage des Marktes: Es ist wirklich ein Mangel, dass «eine marktwirtschaftlich orientierte Politik der Mitbestimmung und des Mitbesitzes» bisher in allen sozialdemokratischen Parteien «nur schlecht und schemenhaft geblieben»[3] ist. Aber gerade darum müssen unsere klaren Forderungen genannt werden, wenn schon Perspektiven aufgezeigt werden sollen. Für Sozialdemokratische Politik gilt nach wie vor: der Markt kann die Menschen nicht bei den grossen Lebensrisiken, Krankheit, Invalidität, Arbeitslosigkeit oder im Alter sichern, der Markt ist auch blind gegenüber der Zerstörung der Natur. Soziale Gerechtigkeit bleibt in der Marktwirtschaft auf der Strecke.
Dies ist ein weiterer Mangel der «Perspektiven-Texte»: es fehlen Vorschläge, was zu tun ist. Einzig Beat Kappeler bringt mit seinen «Thesen zu Arbeit und Umwelt» Licht statt Nebel in die Diskussion. Sein manchmal überschäumender Optimismus ist zwar erfrischend, aber in einzelnen Punkten nicht ungefährlich. So wenn er richtigerweise die «Streuung des Wohneigentums» fordert, dies aber mit dem laufenden «Abriss der 50 Jahre alt werdenden Mietblöcke zwecks Reihenhausbau» erreichen will. Ein sparsamer Bodenhaushalt bleibt da auf der Strecke. Von den sich ergebenden Siedlungs- und Verkehrsproblemen zu schweigen. Und noch eine praktische Frage dazu: Wie bezahlen die heutigen Mieter in den Blöcken künftig für den Boden einen Quadratmeterpreis von 400 Franken und mehr, ohne vom Arbeitgeber und von der Bank noch abhängiger zu werden? Oder gehören sie alle bereits zur Mittelschicht?
Das Ziel der «Perspektiven-Gruppe» nach mehr Volksnähe der SP mag richtig sein. Aber dies mit einem «linken» Populismus, einem Populismus durch Anpassung erreichen zu wollen, bringt uns nicht weiter. Im Zweifelsfalle entscheiden sich die Wähler dann doch lieber für die richtigen Konservativen. Die SP wird nicht durch Anpassung stärker, sondern durch Ideen, hervorgegangen «aus einem Bündnis von Arbeitnehmern mit der Intelligenz – mit Kultur und Wissenschaft.»[4] In diese Richtung müsste die Arbeit der «Perspektiven-Gruppe» zielen. So könnte sie einen Beitrag zur Weiterentwicklung der SP liefern. Allein dies genügt dann noch nicht: «Wer meint, er habe mit dem Beschreiben von Papier schon Politik gemacht, der hat auch nicht viel begriffen.»[5]
Zum Glück heitert der Beitrag von Tobias Kästli über den «Teflonsozialismus» das Gemüt etwas auf, schmunzeln ist erlaubt.

1 Peter Glotz: «Die Arbeit der Zuspitzung», Siedler-Verlag 1984, Seite 40.
2 Hans-Jochen Vogel am a.o. Parteitag der SPD 1987 in Bonn.
3 Peter Glotz: «Die Arbeit der Zuspitzung», Siedler-Verlag 1984, Seite 32.
4 Karlheinz Mandaner, Michael Müller, Horst Peter: «Der ‹linke› Populismus gefährdet die SPS» im SPD-Vorwärts Nr. 26/87.
5 Willy Brandt am a.o. Parteitag der SPD 1987 in Bonn.

Für eine neue Arbeitsgruppe

Von Alfred Iselin

Die komplexen staats- und wirtschaftspolitischen Probleme sollten nicht mit den parteipolitischen Schwierigkeiten vermischt werden. Nach altbewährter Tradition sollten wir zunächst eine Analyse der Wirtschaft und des Staates und ihr Verhalten gegenüber den abhängig Beschäftigten vornehmen, um nachher unsere Stellung zu markieren, unsere Forderungen zu formulieren und eine Strategie zu entwickeln. Dieser kurze Aufsatz kann nur einen kleinen Teilbereich aufzeichnen.

Kapitalismus oder freie und soziale Marktwirtschaft?

In den «Blättern für deutsche und internationale Politik» 1/83 schrieb A. Voegele folgendes: «Dem damals im Bewusstsein vieler Menschen vorhandenen Wissen um die kapitalistische Basis des Faschismus und dem Interesse an einer aktiven Umgestaltung der nach dem Kriege fortbestehenden Eigentumsverhältnisse konnte nun aber nicht mehr mit dem Hinweis auf die ‹natürliche Ordnung›, der man jetzt freien Lauf lassen müsse, begegnet werden. Ein Etikettenwechsel war notwendig geworden... Die Formel der für die Nachkriegsordnung Deutschlands ‹richtigen› Wirtschaftsordnung war die der ‹Marktwirtschaft›, eine Begriffsbildung der frühen 20er Jahre und das Resultat der bereits erwähnten, scheinbaren Lösung der Rentabilitäts- und Preismechanik über Märkte. Akademisch führte diese ‹Geburt› zu einem der gigantischsten ‹Wörterbuchunternehmen› der Nach-

kriegszeit und für die Forschung zu einer vorübergehenden Stillegung wertvoller nicht-marxistischer Erkenntnisse über die Funktionsweise des Kapitalismus.»

Warum aber meiden selbst Sozialdemokraten das Wort Kapitalismus und brauchen öfters dafür sogar freie und soziale Marktwirtschaft? Hat sich denn tatsächlich etwas verändert? Die Produktivität ist – wie Marx vorausgesehen hatte – gewaltig gestiegen und wird weiter steigen. Dadurch konnten die Gewerkschaften kürzere Arbeitszeiten, mehr Ferien und Reallohnerhöhungen erkämpfen. Sonst ist aber alles gleich geblieben: Keine Mitbestimmung, wenig Rechte und Schutz. Und von dem Geld, das die Arbeitnehmer für die Kapitalisten verdienen (Mehrwert), wird ein anständiger Brocken zur Bekämpfung der Postulate der abhängig Beschäftigten eingesetzt, und die Verteilung des Kuchens ist alles andere als gerecht und noch weniger sozial. Hohe Einkommen gestatten und führen auch zu grösseren Ersparnissen. Sparen bedeutet vorerst auch Nachfrageausfall, weil Ersparnis weniger Konsum impliziert. Es ist einleuchtend, dass einkommensrestringierte Nachfrage bei den unteren Schichten mit sättigungsbedingtem, genauer der Geldvermögenspräferenz geschuldetem Nachfragemangel bei den höheren Einkommensschichten einhergeht. Dort Kaufkraftmangel, hier Sättigung. In der Tat sind die hohen Einkommen mitverantwortlich für die Konsumschwäche und damit an der Arbeitslosigkeit. Erhöhter Konsum führt wiederum zu mehr Umweltbelastung. Wie wollen eigentlich Sozialdemokraten die hohen Einkommen noch rechtfertigen?

Kapitalismus global

Wir dürfen aber den Kapitalismus nicht nur an den schweizerischen Verhältnissen beurteilen. Zwar ist die Armut in der Schweiz immer noch gross. Aber im Ausland treffen wir auf Millionen von Menschen, die arbeitslos sind und dahinvegetieren müssen. Im bürgerlichen Westen sterben immer noch viele Menschen den Hungertod und das auch im reichen Amerika. Die Elendsquartiere zeigen uns drastisch, wie unsozial dieser Kapitalismus ist und wie wenig Menschen ohne Geld ihre Bedürfnisse in dieser «sozialen» Marktwirtschaft anmelden können. Wer aus irgendeinem Grund kein Geld hat, hat in der Marktwirtschaft anscheinend keine Bedürfnisse. Oder ist es sozial, wenn die einen ihr Kapital von Jahr zu Jahr aufstocken, während die andern ihnen die Dividenden, Gewinne und Zinsen erarbeiten müssen und selbst zuwenig zum Leben aber doch zuviel zum Sterben haben? Krisen sind immer die treuen Begleiter des Kapitalismus! Oder kann sich etwa der Kapitalismus mit dem Austauschverhältnis im Warenverkehr mit den Entwicklungsländern als eine soziale Marktwirtschaft präsentieren? Schon lange wird hier eine neue Wirtschaftsordnung verlangt.

Kapitalismus oder Sozialismus?

«Sobald die Wirtschaftstheorie jedoch zentrale gesellschaftliche Probleme behandelt, wird sie zwangsläufig zur Politischen Ökonomie...Es gibt keine ⟨Patentrezepte⟩ gegen Ungerechtigkeit, Faschismus und gegen Arbeitslosigkeit, wohl aber gibt es politische Gegenwehr, die um so erfolgreicher sein wird, je besser die nur theoretisch erreichbare Klärung der Ursachen historischen Übels gelingt und je ursachengerechter gehandelt wird», schreibt Zinn.[1] Darum sollten wir uns vermehrt mit Sozialismus, Marx und Keynes beschäftigen. Wie aber der Kapitalismus verschiedene Gesichter hat: von der Schweiz über die Türkei nach Chile, so könnten wir uns sicher einen Sozialismus schweizerischer Prägung vorstellen. Sowenig wir uns vor unseren Bundesbahnen, den PTT-Betrieben oder kommunalen Unternehmungen fürchten müssen, ja im Gegenteil die Arbeitnehmerschaft darf auf diese stolz sein, so wenig dürfen wir von der Frage nach weiteren Verstaatlichungen absehen. Wir müssten die Bevölkerung eben auch aufklären, dass die Gemeinschaft (Staat, Gemeinde oder Genossenschaft) für die Gemeinschaft der Menschen sich betätigen muss. Wir müssten uns viel intensiver mit diesen Fragen auseinandersetzen. Wichtig scheint mir auch, was seinerzeit ein «Bund»-Korrespondent über Russland schrieb: «Man wird schwerlich in diesem riesigen Reich einen Menschen finden der hungert.» Mit einer Tagung im Beisein der Herren Hayek und Arnold lösen wir sicher unsere Probleme nicht.

Der Staat oder die Gemeinschaft und wir

Wenn der Staat, auch wieder dank den Sozialdemokraten und den Gewerkschaften, etwas ordnend eingreift in das Geschehen der Wirtschaft, so ist dies nicht das Verdienst dieser angeblichen «sozialen und freien Marktwirtschaft». Aber erst der Staat kann die freie Entfaltung der Individuen ohne Unterdrückung oder zu starke Benachteiligungen gewähren. Liberal ist mir zu anrüchig. Es weist zu stark zum Liberalismus hin. Freiheit und Individualität in der Gemeinschaft muss unsere Lösung sein!

Zugleich muss sich der Staat in all seinen Bemühungen nach der Produktivität der Wirtschaft richten. Aus Konkurrenzgründen hat er die Forschung zu entwickeln und die Produktivität

wenn immer möglich in der Wirtschaft zu fördern. Da der Mensch ein Teil der Natur ist und mit der Natur leben muss, dürften solche Prozesse nur im Zusammenwirken mit der Natur gelöst werden. Das heisst der Mensch müsste seinen Egoismus im Interesse der Mitmenschen als ein Teil der Natur, wie der übrigen Natur, ablegen und vermehrt als gesellschaftliches Wesen handeln.
Überhaupt muss die Gemeinschaft die Tätigkeit der Wirtschaft und ihr Verhalten gegenüber Mensch und Natur vermehrt lenken. Da gibt es aber keine Staatsquote, da muss gemacht werden, was sich mit der Entwicklung als notwendig erweist. Wenn Politiker - auch linke - mit der Staatsquote politisieren wollen, dann bestätigen sie nur ihr Unvermögen, die vielfältigen Probleme, deren Lösungen und Finanzierungen zu bewältigen. Wenn ein Amt für Umweltschutz errichtet werden muss, kann doch nicht einfach nach der Staatsquote gefragt werden. Eine Staatsquote ins Gerede bringen kann höchstens eine Bremserpartei. Ein Ertrinkender kann auch nicht gerettet werden ohne Einsatz eines Retters. Auf welchem Weg der Einsatz abgegolten werden muss, das wiederum ist ein der Politik vorbehaltener Entscheid.
So könnte es uns recht sein, wenn der Staat fast ausschliesslich das Gesundheitswesen über die Steuern finanzieren würde. Ob wir die Beiträge an die Krankenkassen oder über die Steuern dem Staat abliefern, sollte doch egal sein. Im Gegenteil die Bezahlung könnte sogar wirtschaftlicher und energiesparender sein. Wobei noch abzuklären wäre, wieviel vom Lohn abgezogen werden sollte. Was zählt sollte die Leistung sein, und nach ihr sollte die Staatsquote beurteilt werden. Es wäre nun Aufgabe der Partei - wenn die Mittel vorhanden wären -, die Bevölkerung über diese rationellere Art der Lösung des Gesundheitswesens zu orientieren. Aber das muss auch gesagt werden, in dieser Demokratie hat leider der finanziell Stärkere das Sagen.
Wenn Wirtschaft und Staat eine in der Durchführung teure 2. Säule neben der günstigen AHV beschliessen, verlieren doch die Wirtschaft und ihre Politiker das Recht, sich über schlechte Rahmenbedingungen zu beklagen. Es ist übrigens ihre eigene Angst vor ihrem bürgerlichen Staat, die sie zu diesem ideologischen aber wirtschaftlich wie sozial schlechten Entscheid drängte. Ähnliches könnte von der Privatversicherung gesagt werden. Aber wenn die bürgerlichen Politiker zugleich Wirtschafts- und Versicherungsvertreter sind, und an beiden Orten die Quellen fliessen, schöpfen sie lieber doppelt, um so mehr als sie damit das Risiko noch verteilen. Aber dass die Sozialdemokraten dies Machwerk noch loben, ist unverständlich.

Dezentralisation

Diese kann, muss aber nicht besser sein. So ist gerade die 2. Säule stark dezentralisiert. Und von der Dezentralisierung der über 50 sogenannten Privatbahnen entstehen für die Beschäftigten durch die privatwirtschaftlichen Verträge, z.B. durch niedrigere Löhne, Nachteile. Die Reisenden spüren das in den höheren Tarifen (bis über 40%), während die ungefähr 40 Direktoren die lachenden Dritten sind. Von der Ökologie her betrachtet ist eine unvernünftige Aufblähung von Verwaltungen durch Dezentralisierungen mit entsprechendem Energieverschleiss abzulehnen. Durch Fusionen mit den SBB, oder wenigstens der Privatbahnen unter sich, und der Unterstellung der Arbeitnehmerschaft unter das Beamtenverhältnis der SBB könnte Energie eingespart und endlich für alle Bahnangestellten die gleichen Arbeitsbedingungen geschaffen werden. Hingegen können wir sicher der Dezentralisation der Werkstätte zustimmen.

Frieden und Armee

Es ist seltsam, dass die «Perspektivler» sich mit diesem Thema, das für die Menschheit überaus wichtig ist, nicht beschäftigen. Gerade hier sollte die SP vermehrt eine klare Haltung nicht nur einnehmen, sondern auch im Parlament mit Wort und Tat verteidigen. Eine Ausnahme macht hier unser sehr bewährter H. Braunschweig. Ist es nicht traurig, wenn mit dem Argument der Arbeitsbeschaffung Rüstungskrediten zugestimmt werden? Unter vernünftigen Menschen sollte es doch möglich sein, die verbleibende Arbeit - nach Abschaffung oder Verminderung der Rüstung - unter die ArbeitnehmerInnen zu verteilen. Seit 1945 wird uns erzählt, die Russen kämen. Dabei sind sie sogar aus Wien abgezogen.

Bildung

Dieser Streifzug durch die Probleme sollte nicht nur durch einige Parlamentarier «gelöst» werden. Hier liegt ein grosses Betätigungsfeld für die politische Weiterbildung vor uns. Eine aktive Partei, und gerade eine Partei, die etwas verändern möchte, ist auf eine grosszügige und ausgebaute Bildungsarbeit angewiesen. Und jetzt, bei bald nur noch 40 Arbeitsstunden in der Woche, sollte es möglich sein, der Bildung die nötige Beachtung zu schenken.
Zudem ist es nach meiner Ansicht nicht möglich, die Perspektiven in einer nach meiner Auffassung einseitig zusammengestellten Arbeitsgruppe für unsere Partei zu erarbeiten.

Arbeitsgruppe soziale, ökologische und demokratische Schweiz

Es wäre wünschenswert, innerhalb der SP eine Arbeitsgruppe «soziale, ökologische und demokratische Schweiz» zu gründen. Diese müsste sich mit Marx, seinen Analysen, seinen Aussagen zur Natur und zum Sozialismus, aber auch mit Keynes und Gorz beschäftigen. Gibt es einen Weg zu einem Sozialismus schweizerischer Prägung? Wer sich dazu entschliessen könnte, möchte sich melden bei

Alfred Iseli
Kasparstrasse 15/141
3027 Bern
Telefon 031 / 56 47 51

1 Karl G. Zinn: Arbeit, Konsum, Akkumulation. Hamburg 1986

Freiheit zu offenen Perspektiven

Von Franz N. Brander

Es ist lobenswert, wenn sich Leute bemühen, das in Worte zu fassen, was sie für erstrebenswert halten. Denn viele Erfahrungen haben sie zu diesen Sichtweisen gebracht, die nun in der Auseinandersetzung ihre Kanten etwas abrunden werden. Perspektiven wollen fürs erste durchsichtig machen, klären, welcher Weg gangbar ist. Dabei verraten Thesen, Überschriften oder Titel Grundsätzliches.

Eine Grundhaltung, die im sozialdemokratischen Denken fragwürdig ist, ist die Wegbereitung für den Wettbewerb. Wettbewerb ist für *Beat Kappeler* der Weg, der von den Monopolen wegführt. Sicher liegen ihm das Zusammenhalten und die Grundrechte eines jeden und das langfristige Überleben aller am Herzen. Ist aber die Grundhaltung des Eintretens für den Wettbewerb die Richtlinie der sozialen Gerechtigkeit, die den Menschen aus Abhängigkeiten und Zwängen befreit? Genügt es, aufzuweisen, dass Effizienz und Zweck-Mittel-Rationalität zutiefst menschlich sind, um sie zur Überwindung von Nöten einzusetzen? Den Ruf, das Schreien und das Fordern von Effizienz hat sich die SP bisher nicht auf die Fahnen geschrieben, weil sie hier zurecht recht schnell die Gefahr zur Begründung neuer verschiedener gesellschaftlicher Schichten befürchtet. Oder hat sich die SP erst nachträglich wieder um die Uneffizienten zu kümmern?

Heiligen Zweck und Mittel das Leben?

Genauso bedenkenswert ist die Reduktion der Arbeit auf die Sichtweise der Zweck-Mittel-Rationalität. Die Zweck-Mittel-Rationalität weist nur noch weiter in die uns zur Genüge bekannte Richtung der Anonymität und der Zerstückelung unseres Lebens. Das blosse Arbeits-Mittel zum Zweck unseres Lebens verliert so jede Würde des Lebens, welches sich um die Sorge des Mitseins mit anderen in einer uns gemeinsamen Welt getragen weiss. Die Arbeit will an sich ein Schaffen an einer uns freundlichen und liebenswürdigen Welt sein. Ist sie das nicht, redet man zurecht vom Job und dergleichen. Das lieblose und abschätzige Reden verrät solches zur Genüge.

Die Frage der Verantwortung

Zu beachten ist ferner das bedenkliche Sich-Einsetzen für das Zurücklegen der Verantwortung in die Hand des Einzelnen. Muss die Verantwortung wirklich aus der Hand der Kartelle, Monopole und Konzerne in die des Einzelnen zurückgelegt werden? Und wenn sich diese Einzelnen wieder jene Strukturen schaffen, die heute die Kartelle, Monopole und Konzerne für sich beanspruchen? Liegt es deshalb an der SP, sich für neue Selbständige stark zu machen und sich den Marktmechanismen der Konkurrenz stark zu verschreiben? Da macht sich Nostalgie breit.. Nostalgisches Sehnen nach der Zeit der aufblühenden Nachkriegswirtschaft, in der deren Folgen noch nicht ersichtlich waren, soll des Rätsels Lösung sein! Unter günstigen Wettbewerbsbedingungen soll die Wirtschafts- und Besitzstruktur wieder flott vonstatten gehen. Wirklich?

Verlustwette

Der Einsatz zugunsten des Wettbewerbs lässt aufhorchen. Jeder, der an einer Wette teilnimmt, riskiert zu verlieren, auch wenn dieses Verhalten zutiefst menschlich ist. Wer gewinnt, tut dies auf Kosten der anderen. Jeder Wettbewerb schliesst aus und ist darauf aus, andere auszustechen. Eine solche wirtschaftliche Grundhaltung ist der SP unwürdig.

Gleich unwürdig ist die Wissenschafts- und Technikgläubigkeit. Können wirklich